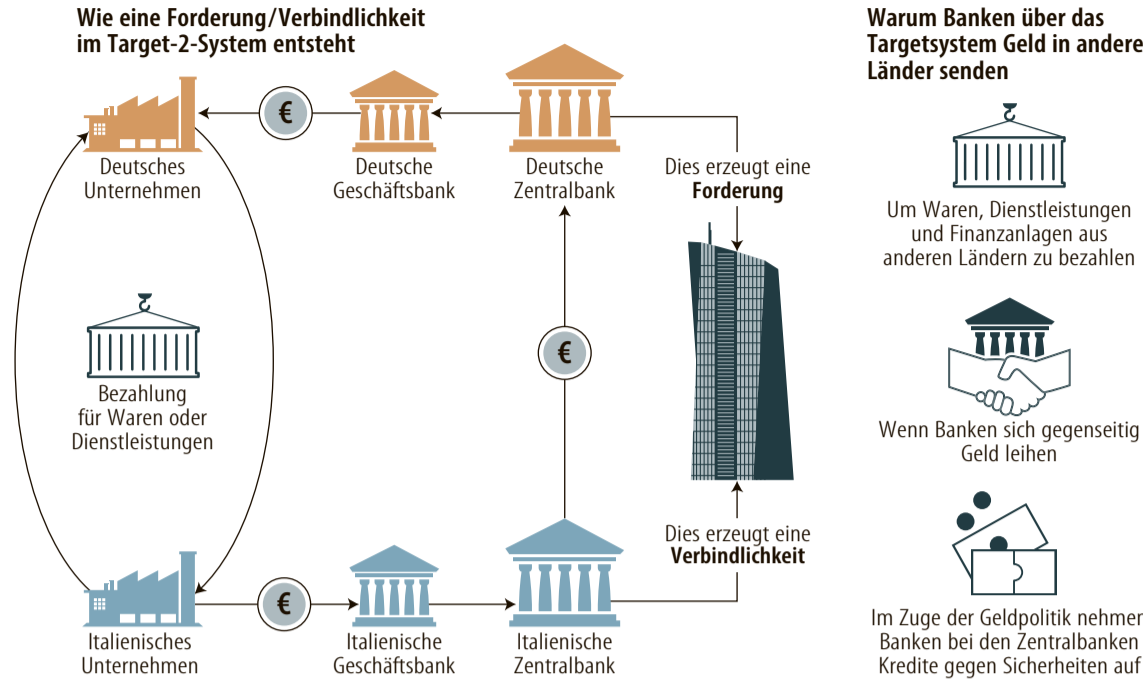


Was die Target-2-Salden sind

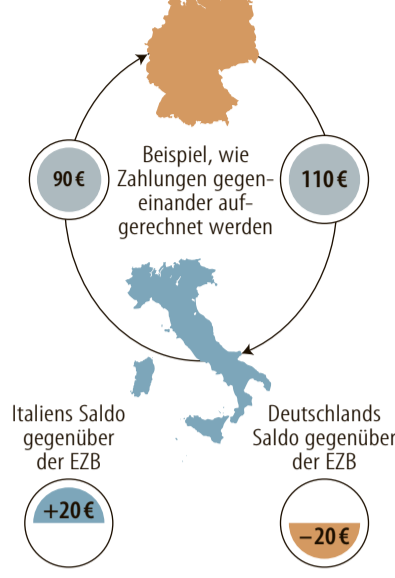
Deutscher Targetsaldo übersteigt 1 Billion Euro in Milliarden Euro¹⁾

| | |
|---------------------------|------|
| Deutschland ²⁾ | 1019 |
| Luxemburg | 235 |
| Finnland | 72 |
| Niederlande | 70 |
| Irland | 51 |
| Frankreich | 48 |
| Slowakei | 14 |
| Slowenien | 8 |
| Zypern | 7 |
| Malta | 6 |
| Litauen | 4 |
| Estland | 0 |
| Letland | -4 |
| Österreich | -37 |
| Belgien | -63 |
| Griechenland | -66 |
| Portugal | -83 |
| Spanien | -462 |
| Italien ²⁾ | -522 |
| EZB | -260 |

1) Stand Ende Juni 2020. 2) Stand Ende Juli 2020



Auf Dauer erzeugen die akkumulierten Geldflüsse über die Grenzen hinweg Target-2-Salden



Quelle und Vorlage: EZB/F.A.Z.-Grafik Broker

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER

Die Schäden des Sturms

Der im Ganzen überzeugende Artikel „Sturmschäden“ zur Rückeroberung des kroatischen Staatsgebietes vor 25 Jahren in der F.A.Z. vom 3. August könnte zwei Präzisierungen vertragen: Die Operation „Sturm“ hat vor allem zu indirekter Vertreibung geführt. Die „Schäden“ sind vor allem serbischer Inkompetenz und Illoyalität anzulasten. Parallel zu der in Bosnien verhandelnden Kontaktgruppe gab es die sogenannten Zagreb Vier („Z 4“). Die vier waren der amerikanische Botschafter Peter Galbraith, der russische Botschafter Leonid Kerestjedjants, der die UN vertretende norwegische Botschafter Kai Eide und, für die EU, der Verfasser. Die Z 4 erhielten im Herbst 1994 das Mandat, einen Autonomiestatus innerhalb Kroatiens für die von Serben mit Waffengewalt auf kroatischem Boden errichtete „Republik Serbische Krajina“ (RSK) auszuarbeiten. Sie arbeiteten zügig, auch wenn häufige und zumeist proserbische Änderungswünsche der beiden Vorsitzenden der noch bestehenden Jugoslawienkonferenz, Lord Owen und Stoltenberg, sowie heftige Auseinandersetzungen zwischen Galbraith und Eide störten. Das Ergebnis, der „Z-4-Plan“, war am Ende so zerpfückt, dass er wohl praktisch undurchführbar war. Am 30. Januar 1995 übergab die Gruppe, verstärkt durch den französischen und einen italienischen Botschafter, den Plan dem nicht erfreuten kroatischen Präsidenten und reiste sodann nach Knin. Dort weiterten sich RSK-„Präsident“ Milan Martić und seine Entourage, den für sie äußerst günstigen Plan auch nur entgegenzunehmen. Nach Beratung unter den Vermittlern machten Kerestjedjants und ich einen letzten eindringlichen Versuch. Wir beide kannten Land und Leute bestens und brauchten keinen Dolmetscher. Wir wiesen auf die militärische Lage hin, insbesondere auf die im Rücken der RSK in Bosnien aufgetauchten feindlichen Kräfte.

Martić blieb hart, möglicherweise auf Weisung aus Belgrad. Ein Versuch der Gruppe, dort Milošević zu sehen, war erfolglos. Am 1. Mai 1995 eroberte die kroatische Armee in der Operation „Blitz“ den in Westslawonien gelegenen Teil der RSK, die, allein gelassen, kaum Widerstand leistete. Die serbische Zivilbevölkerung floh. Nach dieser Generalprobe beschwor ich Ende Juni Patriarch Pavle in Belgrad, auf Verhandlungen hinzuwirken, da mit einer kroatischen Militärförderung jeden Augenblick zu rechnen sei und dann das Serbentum für immer weit nach Osten abgedrängt werde. Patriarch Pavle gab Versöhnliches von sich, aber ein Erzbischof aus seiner Entourage erklärte, Serben und Kroaten seien wie Öl und Wasser und könnten nicht unter irgendeinem Plan gemeinsam leben. Am 4. August begann der „Sturm“. Stoltenberg, Eide und ich fuhren nach Zagreb, wo uns Präsident Tudjman wegen serbischer Raketen in einem tief gelegenen Luftschutzkeller empfing. Er war natürlich nicht bereit, die Kämpfe einzustellen. Die RSK-Armee, wieder allein gelassen, brach schnell zusammen. Die Kroaten brauchten die Serben nicht direkt zu vertreiben, denn die waren vor deren Ankunft geflohen. Das eroberte, in dieser Gegend seit langem serbisch besiedelte Land fand ich mit Begleitern deprimierend vor. Zum Beispiel in Donji Lapac (Zensus 1990: 97 Prozent Serben) fanden wir nur noch zwei alte, verängstigte Serbinnen. Der Wind wehte Familienpapiere und Fotos durch die Straßen. Bosnische Kroaten, die über die nahe Grenze geflüchtet waren, besetzten die verlassen Häuser. Draußen, auf dem Lande, fanden wir in einem Gehöft vier verlassene und verzweifelte serbische Frauen: Großmutter, Mutter, Tochter, Kleinkind, gaben ihnen einige D-Mark.

DR. DR. H. C. GEERT-HINRICH AHRENS, BOTSCHAFTER A. D., BONN

Beleidigung menschlicher Intelligenz

Zu „Die verdunkelte Botschaft“ (F.A.Z. vom 17. Juli): Daniel Deckers thematisiert den dramatischen Mitgliederchwund in der katholischen Kirche und die Tatsache, dass man auf der Suche nach Gründen für diese Entwicklung im Allgemeinen auf „ratloses Schulterzucken“ stößt. Ich helfe Ihnen gerne: Es gibt immer mehr Menschen, die eine religiöse Erklärung unserer Welt für lächerlich halten, die die religiösen Zusprüche

und Worte zum Sonntag, die uns auf sämtlichen Kanälen des öffentlichen Rundfunks mehrmals täglich zugemutet werden, als eine Beleidigung menschlicher Intelligenz empfinden. Es gibt immer mehr Menschen, die es erzürnt, dass unser Grundgesetz, nach dem der Staat sich weltanschaulich neutral zu verhalten hat, anhaltend missachtet wird. MARIA VON SCHLIPPENBACH, LANGENSELBOLD

Politik der Verschleierung

Zum Interview mit Frank Westermann „Vor allem Kapitalflucht treibt den Target-Saldo“ (F.A.Z. vom 10. August): Das Interview verdeutlicht, dass es sich bei den Targetsalden keineswegs um eine Bagatelle handelt, wie uns zum Beispiel die EZB weismachen will. Was würde denn geschehen, wenn es die Währungsunion nicht gäbe? Diejenigen Länder, aus denen das Kapital „flieht“, würden eine massive Abwertung ihrer Währung erfahren, dazu noch einen kräftigen Anstieg der Zinsen. Die Ursachen für die Kapitalflucht liegen auf der Hand, sie sind vor allem in der schlechten Wirtschaftspolitik der betreffenden Länder zu suchen. In der Währungsunion fehlt indes das mögliche marktwirtschaftliche Korrektiv, nämlich das Signal über die relativen Preise. Ermöglicht wird die „lukrative Kapitalflucht“ allein durch die Notenbanken; dies ist eine der Kernaussagen des Interviews. Und diese Politik der Verschleierung durch künstlich niedri-

ge Zinsen soll keine negativen Konsequenzen haben? Es kann doch nicht Sinn der Währungsunion sein, fundamentale Änderungen zu verhindern. Ferner: Welches Druckmittel hätte denn eine deutsche Regierung, wenn sie in Europa beispielsweise eine mehr marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftspolitik durchsetzen wollte? Zugegeben, man kann sich ein solches Szenario derzeit kaum vorstellen, bislang machen wir ja jeden teuren Unsinn in Europa (verkauft als „Solidarität“) mit. Aber irgendwann kann es den deutschen Steuerzahlern mal zu viel werden mit der Haftung für andere Staaten. Könnte Deutschland dann damit drohen, die Währungsunion zu verlassen? Wohl kaum, denn dann müssten enorme Verluste realisiert werden. Also wird die Politik, alle Probleme mit mehr Geld zuzudecken, einfach fortgesetzt. Das war bestimmt nicht die Idee für die Währungsunion. PROFESSOR DR. JOACHIM SCHEIDE, KRONSHAGEN

Mbembe und seine Unterstützer

Wie schön, dass sich mit Professor Hubertus von Amelunxen (F.A.Z. vom 28. Juli) einer der Unterzeichner der Petition für Achille Mbembe nun doch noch geoutet hat! Im Kampf um eine neue Weltordnung sieht Mbembe die Afrikaner in der Rolle der Verfolgten und die Israelis seit 1948 in der Rolle der Verfolger. Israelische Politik, imperiale und postkoloniale Verbrechen behandelt Mbembe immer wieder als wesensgleich. Deshalb spricht er auch von Antisemitismus nur in einem Atemzug mit Rassismus. Wer würde es dem Theoretiker des Postkolonialismus, der an der Universität Witwatersrand in Johannesburg lehrt, nicht nachsehen, dass er den Staat Israel mit dem Apartheids-System Südafrikas gleichsetzt? Maßlos wird dieser Vergleich erst dadurch, dass Mbembe die „Besetzung Palästinas“ zum „größten moralischen Skandal unserer Zeit“ erklärt. Das passt zu seinem Verdikt, Israel sei schlimmer als Südafrika. Ich schließe mich daher Ijoma Mangold von der „Zeit“ und Patrick Bahners an, die dem afrikanischen Global Player vorwerfen, er kenne nur Superlative. So stei-

gert er sich immer stärker in düstere Beschreibungen und wütende Anklagen hinein. Kritiker bescheidet der Querdenker gebetsmühlenartig mit der Schelte, sie wollten ihn und seine Mitstreiter mundtot machen. In einem „offenen“ Brief an Bundespräsident Steinmeier und Kanzlerin Merkel verwahren sich 766 Intellektuelle im Namen Mbembes gegen derlei Pressionen: „Wir sind über die anhaltenden Versuche in Deutschland bestürzt, unsere Wortmeldungen zu stigmatisieren, unsere Denker einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen.“ Der Brandbrief wurde als anonyme „Petition“ im Internet verbreitet, so als dürfe man in Deutschland kein offenes Wort wagen, ohne sich zu gefährden. Unverblümt ist dagegen das Ziel der ehrenwerten Unterstützer: Sie fordern von Steinmeier und Merkel, Felix Klein, den Beauftragten der Bundesregierung für den Kampf gegen den Antisemitismus, aus seinem Amt zu entfernen, nur weil der es für richtig hält, vor Mbembes Methoden zu warnen. Das schlägt dem Fass den Boden aus! DR. KURT REUMANN, ESCHBORN

Die EZB erklärt den Targetsaldo

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat auf ihrer Internetseite versucht, das europäische Zahlungssystem Target und die daraus resultierenden Target-2-Salden zu erklären. Anlass dürfte sein, dass der deutsche Saldo die Marke von einer Billion Euro im Juli überschritten hat. In den Medien könne man ja unterschiedlichste Theorien über diese Salden lesen, schreibt die EZB. Viele würden sich deshalb sicher fragen, was denn nun dahinterstecke.

Das Fazit der Notenbank, so viel sei vorab verraten: Es gebe keinen Grund zur Beunruhigung. Zwar könnten diese Salden durchaus manchmal darauf hindeuten, dass es Kapitalflucht aus einem bestimmten Land der Eurozone gebe, weil man sich dort Sorgen um die finanzielle Situation des Landes mache. Der derzeitige Anstieg der Salden aber sei hauptsächlich eine Folge geldpolitischer Maßnahmen, nicht von finanziellem Stress. Die Frage, was mit den Targetsalden passiert, wenn ein großes Euroland die Währungsunion verlässt oder die Währungsunion als Ganzes zerbricht, über die in der Debatte um die Targetsalden oft spekuliert wird, thematisiert die EZB hingegen nicht.

Die Erklärung geht so: Target 2 ist ein System, das Geld von einer Bank zu einer anderen bewegt, und zwar sowohl innerhalb von Ländern als auch grenzüberschreitend. Zentral- und Geschäftsbanken nutzen es, um Zahlungen in Euro abzuwickeln. Der Netto-Geldfluss zwischen zwei Ländern wird im Saldo der nationalen Notenbank verzeichnet. Um zu vermeiden, dass nun jede einzelne Notenbank des Eurosystems mit jeder anderen einen eigenen Saldo aufbaut, werden alle bilateralen Salden am Ende eines Tages zu einem einzigen gegenüber der EZB zusammengefasst. Wenn Banken in einem Land mehr Geld gesendet als empfangen haben, hat

Deutschlands Targetsaldo steigt auf mehr als eine Billion Euro. Kein Grund zur Beunruhigung, meint die Notenbank. Ein italienischer Ökonom sieht das kritischer.

Von Gerald Braunberger und Christian Siedenbiedel, Frankfurt

die nationale Zentralbank einen negativen Saldo. Hat sie mehr Geld empfangen als gesendet, hat sie einen positiven Saldo. Für solche grenzüberschreitenden Geldbewegungen nennt die EZB drei Gründe: um für Waren, Dienstleistungen oder Finanzanlagen zu zahlen; wenn Banken sich Geld leihen; oder auch die Geldpolitik, wenn Banken von den Notenbanken Kredite gegen Sicherheiten bekommen. Die EZB beschreibt nun unterschiedliche Möglichkeiten, warum die Salden auseinandergehen können. In der Finanzkrise hätten sich die Banken untereinander nicht mehr getraut. Notenbanken seien eingesprungen. „Zwischen 2008 und 2012 wuchsen die Targetsalden wegen der großen Menge Geld, das geschaffen wurde und die Grenzen überquerte“, schreibt die Notenbank. Der Grund für den neuartigen Anstieg seit 2015 sei ein anderer. Dahinter steckten die geldpolitischen Anleihekäufe. Gekauft würden dabei Anleihen von den jeweiligen nationalen Notenbanken: Die spanische Notenbank etwa kaufe spanische Staatsanleihen. Verkäufer aber seien häufig internationale Investoren, die ihre Konten an wichtigen Finanzplätzen hielten, etwa in Frankfurt. Deshalb sorge ein Anleihekäuf für Bewegungen im Targetsystem – im Beispiel positiv in Deutschland, negativ in Spanien.

Die Arbeitsweise des Target-2-Zahlungssystems und die Bildung hoher Salden sind in den vergangenen Jahren vor allem von deutschen Ökonomen kritisiert worden. Allerdings stieß diese Kritik nicht nur in der EZB, sondern auch bei vielen Ökonomen im Ausland auf Unverständnis und gelegentlich selbst harte Ablehnung. Nun plädiert der italienische Ökonom Roberto Perotti (Bocconi-Universität Mailand) in einer ausführlichen Untersuchung für ein größeres Verständnis der Kritik deutscher Ökonomen. „Ich vertrete die Auffassung, dass die deutsche Kritik an Target alles in allem nicht so unbegründet ist und sowohl aus theoretischen Gründen als auch mit Blick auf die politischen Folgen ernst genommen werden sollte“, schreibt Perotti. Der italienische Ökonom befasst sich vor allem mit einer Frage, für die keine juristische Regelung existiert, weil sie in den Verträgen nicht vorgesehen ist: Was geschieht mit den Forderungen der Deutschen Bundesbank gegenüber der EZB, wenn die Währungsunion auseinanderbricht? Dies führe – „im Unterschied zu Behauptungen mancher Kommentatoren“ – zu einem Schaden für den deutschen Steuerzahler. Dieser Schaden trete – „im Gegensatz zu einer verbreiteten Haltung“ – unabhängig von der Ursache des

Aufbaus der Targetsalden ein. Es spielt also keine Rolle, ob sie durch Kapitalflucht oder zur Finanzierung von Leistungsbilanzdefiziten entstanden seien. Im Fall sehr hoher Wertberichtigungen auf ihre Target-Forderungen könne das Eigenkapital der Bundesbank negativ werden, schreibt Perotti, was ein „Trilemma“ zur Folge hätte: Die Regierung könne diese sofort rekaptalisieren oder aber im Laufe der Zeit kleinere Portionen Eigenkapital zukommen lassen. „Diese beiden Möglichkeiten gefährdeten die Unabhängigkeit der Zentralbank“, gibt Perotti zu bedenken. „Und die dritte Möglichkeit würde sie zu einer unerwünschten Geldpolitik zwingen.“ Diese dritte Möglichkeit wäre die Akzeptanz einer höheren Inflationsrate, die höhere Gewinne der Bundesbank zur Folge hätte. Die Frage bleibt, wie die Währungsunion wetterfester gestaltet werden kann. Perotti rät, existierende Probleme anzuerkennen: „Sie weiterhin zu ignorieren hieße, die politische Debatte zu belasten und zu vergiften. Das könnte die Integrität der Währungsunion gefährden, anstatt sie zu stärken, indem sich die Kritiker verschanzen und sich die politische Opposition gegenüber der Währungsunion radikalisiert.“ Diese Gefahr sieht der Ökonom gerade mit Blick auf Deutschland. „Eine größere deutsche Forderung aus Target verleiht den Schuldnerländern eine größere Verhandlungsmacht, weil mit der Höhe des Saldos die potentiellen deutschen Verluste zunehmen.“ Es ist jedoch nicht einfach, das System zu verbessern. Eine Übernahme des jährlichen Saldenausgleichs, wie ihn das amerikanische Federal Reserve System vornimmt, funktioniert nicht, weil das amerikanische Zentralbankensystem anders arbeitet als das europäische. Ein Saldenausgleich, den Perotti grundsätzlich für sinnvoll hält, müsste anders organisiert werden.

STANDPUNKT

Zukunft der EU: Milliarden sind noch keine Strategie

Von Werner Weidenfeld

Unter dramatischem Krisendruck entwickelt die Europäische Union das größte Finanzprojekt ihrer Geschichte. Das Milliarden-Phänomen der Gipfelkonferenz im Juli 2020 stellte den Eintrag in die Geschichtsbücher sicher. Aber garantiert es auch die Rettung Europas? Die Antwort muss mit einem klaren „Nein“ geliefert werden. Unübersehbar bleiben komplexe Konflikte, divergierende Interessenlagen, furiose Personalgeschacher, drastische Machtkämpfe. Wieso gelingt es trotz aller Anstrengungen nicht, die Krise zu beenden, so wie es bisher schon oftmals gelang? Als beispielsweise 1954 mit dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) und der Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG) eine große Krise ausbrach, wurde recht bald mit der Konferenz von Messina und dann mit den Römischen Verträgen eine eindrucksvolle historische Antwort geliefert. Als Anfang der sechziger Jahre die Fouchet-Pläne scheiterten, lieferten Konrad Adenauer und Charles de Gaulle eine andere Lösung, die Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrag. Als Anfang der achtziger Jahre Europa als unheilbar erkrankt erschien – man nannte es „Eurosclerose“ –, wollten François Mitterrand und Helmut Kohl unbedingt den Kontinent retten. Sie erkannten, dass sie dafür eine große Strategie brauchten. Diese Strategie sollte Jacques Delors liefern. Er tat es – und mit der Vollendung des EU-Binnenmarktes und der Kreierung der gemeinsamen Währung Euro galt die Eurosclerose als geheilt. Warum gelingt das nun nicht? Alle bisherigen Krisen verliefen in ähnlichen Kurven: Krise, Problemdruck, Lernprozess, Lösung. Warum gelingt es nicht, diese Routine ein weiteres Mal umzusetzen? Es handelt sich um eine existenzielle Herausforderung neuen Typs. Die alten Antworten greifen nicht, denn es sind gleichzeitig drei drastische Tiefen-

sichten der Politik, Ökonomie und Gesellschaftsstruktur attackiert: ■ Die Corona-Krise fordert alle möglichen Antworten des Gesundheitswesens heraus; es geht um Leben und Tod. ■ Die tiefe Störung der realen Kommunikation lässt die kommunikative Vielschichtigkeit in ihren Verständigungsmöglichkeiten weitgehend zusammenbrechen. Nur virtuelle Restbestände sind noch verfügbar. ■ Ökonomische Zusammenbrüche vieler Unternehmen sind die logische Konsequenz. Die gesellschaftlichen Verhaltensformen haben sich so weitreichend verändert, dass viele ökonomische Routinevorgänge verfallen sind. Dennoch liegt es auf der Hand, dass Europa eine Art Überlebenstraining praktiziert. Der Gipfel mit dem Milliarden-Phänomen ist Ausdruck davon. Dabei verlief er nach einem Drehbuch, das jeder Routine-Autor Monate vorher hätte liefern können. Deutschland und Frankreich besannen sich auf ihren historisch gewachsenen Führungsauftrag. Sie legten ein 500 Milliarden Euro umfassendes Zuwendungsprogramm vor. Dies provozierte den Protest der „sparsamen Staaten“, die nur Kredite gewähren wollten. Gleichsam in einer Basar-Kultur schlug die Kommission eine Kombination beider Elemente vor mit der Gesamtsumme von 750 Milliarden Euro. Diese Kombination konnte die Gänge des Basars weiter beschäftigen. Und die Unterfütterung durch die routinemäßig anstehende Aufgabe der siebenjährigen Finanzplanung für die Jahre 2021 bis 2027 konnte mit herangezogen werden. Das Milliarden-Phänomen, das mit der Finanzplanung zu einem Billionen-Phänomen angewachsen war, konnte aber dennoch nicht einfach zu den Geschichtsbüchern abgelegt werden. Was ist der Grund

für dieses Steckenbleiben im Problemhaus? Vier Gründe sind anzuführen: 1. Die strategische Implementation der Milliardenprogramme bleibt noch ungeklärt. Darüber wird das Europäische Parlament streiten und auch die nationalen Parlamente. Damit die Mittel sinnvoll, effizient und vernünftig eingesetzt werden, bedarf es umfassender und neuer Kontrollmechanismen. Wie soll etwa die Digitalsteuer oder die Plastiksteuer von wem und wie eingesetzt werden mit welcher strategischen Perspektive? Wie soll das Rechtsstaatsgebot umgesetzt werden, mit welchen finanziellen Konsequenzen? 2. Das Kerndefizit der europäischen Integration muss nun behoben werden. Die Währungsunion ist auf europäischer Ebene gehoben, die Wirtschaftspolitik ist weitgehend auf nationaler Ebene verblieben. Diese Diskrepanz hatte schon Kohl im Bundestag unter großem Beifall als „abwegig“ erklärt. Die Abschaffung dieser Abwegigkeit ist dringlich. 3. Nachdem die weltpolitische Machtarchitektur aus den Fugen geraten ist, muss die EU ein neues Format der Außen- und Sicherheitspolitik erhalten. Europa muss ein Schlüsselgestalt der globalen Zivilisation werden. 4. Wer Europas Handlungsfähigkeit in dieser markanten Weise ökonomisch und politisch ausbauen will, der muss auch weitere Formen der Legitimation aufbauen. Es müssen weitere Orte der Selbstwahrnehmung Europas ermöglicht werden, zum Beispiel in einem drastischen Ausbau der europäischen Bürgerinitiativen, im veränderten machtpolitischen Einbau von Wirtschafts- und Sozialausschuss sowie Ausschuss der Regionen in den Entscheidungsprozess. Diese Fortschritte strategischer Art nach vielen Jahren der strategischen

Sprachlosigkeit können nur gelingen, wenn dynamische Formen der „Differenzierten Integration“ praktiziert werden. Wenn bei jedem weiteren Schritt immer auf alle 27 Mitgliedstaaten gewartet werden muss, dann ist nur ein unerträglich langsames Tempo möglich. Also sollten immer nur jene Staaten zugreifen, die wild entschlossen sind. Die anderen können sich später anschließen. In den kommenden Jahren wird es einen Ort geben, wo dies alles konsequent beraten werden kann. Die auf zwei Jahre angesetzte „Konferenz zur Zukunft Europas“, zu der alle Institutionen ihre Vertreter entsenden, so dass daraus eine Art Verfassungskonvent werden kann. Wie wichtig es ist, die strategische Sprachlosigkeit zu überwinden, zeigt Harvard-Professor Joseph Nye in seinem Buch „Die Macht im 21. Jahrhundert“. Nye hatte schon vor Jahren das Machtphänomen analysiert und zwei Kategorien von Macht unterschieden: Der Besitz von Waffen und ökonomischem Potential bedeutete „Hard Power“. Die Ausstrahlung einer ökonomischen, politischen, kulturellen Ordnung bedeutete „Soft Power“. In seinem neuen Buch beschreibt er eine dritte, nun entscheidende Kategorie der Macht. In der gegenwärtigen Epoche, in der sich das „Zeitalter der Komplexität“ mit dem „Zeitalter der Konfusion“ verbindet, weil immer weniger Menschen die Komplexität begreifen können, erreicht derjenige die führende Machtposition, der die Wirklichkeit umfassend deuten und erklären kann. Nye nennt dies „Smart Power“. Wer nun das Milliarden-Phänomen der Europäischen Union in die Realität präziser strategischer Antworten übersetzen kann, der verfügt über Smart Power. Dem gehört die Zukunft. Werner Weidenfeld ist Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung der Universität München.